

Antrag

des Klubs der Grünen Alternative Josefstadt gemäß § 24 GO BV für die Bezirksvertretungssitzung am 27. November 2013

betreffend Plastiksackerlfreie Josefstadt

Begründung:

Nicht nur die Grünen, auch unzählige NGOs und auch die Wiener Umweltstadträtin Uli Sima fordern bereits seit Langem ein Verbot der umweltschädigenden Einweg-Plastiksackerl. Bei ÖVP Umweltminister Berlakovich stieß dieses wichtige Anliegen mit dem Verweis auf EU-Widrigkeit immer wieder auf Ablehnung. Die Umweltbelastung durch Plastiksackerl ist dramatisch. Allein im Mittelmeer treiben mehr als 200 Milliarden Kunststoffteilchen. Spätestens seit dem aufrüttelnden Film „Plastic Planet“ sollten alle um die Gefährlichkeit und die Unsinnigkeit der oft nur einmal verwendeten Plastiksackerl wissen.

Allein in Österreich werden laut „Global 2000“ jährlich 350 Millionen Plastiksackerl verbraucht. Dabei liegt die durchschnittliche Nutzungsdauer bei ca. 25 Minuten, während der Verrottungsprozess rund 400 Jahre dauert. In vielen Ländern gibt es bereits Verbote (Bangladesch, China, Tansania, Italien). In Irland wird seit 2002 eine Steuer von 15 Cent pro Einmal-Sackerl erhoben, die den Verbrauch um 90% gesenkt hat.

Nachdem eine gesetzliche Regelung schwierig zu sein scheint und auch nicht Gegenstand eines Antrages auf Bezirksebene sein kann, ist hier der Bezirk gefordert mit gutem Beispiel voran zu gehen und Gespräche mit dem Handel aufzunehmen, um auf einen freiwilligen Verzicht von Plastiksackerln hinzuwirken. Insbesondere der Lebensmittelhandel ist hier gefordert. Viele junge Selbstständige, Startups, Firmen im Kreativbereich und die vielen Fairtrade Geschäfte im Bezirk, bieten bereits nachhaltige Alternativen aus Stoff oder anderen biologisch abbaubaren Materialien an und verzichten zur Gänze auf das Plastiksackerl. Das Umweltbewusstsein für den Verzicht auf Plastiksackerln ist in der Josefstadt besonders ausgeprägt. Daher bietet sich eine Initiative an, in der unser Bezirk eine Vorreiterrolle einnimmt.

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

Die gefertigten Bezirksrätinnen stellen daher folgenden

Antrag:

Die Bezirksvorsteherin wird ersucht, in Gesprächen mit den Geschäftstreibenden in der Josefstadt auf einen freiwilligen Verzicht von Plastiksackerln hinzuwirken und über den Verlauf dieser Gespräche im Umweltausschuss zu berichten.

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.